

Der Rechtsstaat zum Anfassen

Karlsruhe soll mit dem „Forum Recht“ eine Institution mit internationaler Strahlkraft bekommen

Von unserem Redaktionsmitglied Tobias Roth

Karlsruhe. Dieser Gerichtssaal hat Geschichte erlebt. Und das sieht man ihm an. Es ist ein fensterloser Raum, abhörsicher, mit dicken Betonwänden. Der Saal ist ein Relikt aus den Zeiten des Kalten Krieges, als die Angst vor Spionage allgegenwärtig war. Hier wurden die Revisionen der RAF-Prozesse verhandelt, hier wurden Urteile gefällt, mit denen sich heute noch Jurastudenten beschäftigen, wenn sie sich durch das Strafrecht wühlen. Berühmte Fälle wie „Peterele“ oder „Sirius“, die „Heilbronner Hexe“ oder der „Katzenkönig“ sind Teil der Strafrechtshistorie geworden. Der Saal im Erweiterungstrakt des Schellingbaus im Karlsruher Bundesgerichtshof (BGH) hat allerdings längst ausgedient, verhandelt wird hier nicht mehr. Nun könnte dieser Gerichtssaal eine neue Bestimmung

Als Vorbild dient das Haus der Geschichte

finden – als Teil des „Forum Recht“, das in Karlsruhe auf dem Gelände des BGH entstehen soll. „Dieses Stück Geschichte darf man nicht aufgeben“, findet BGH-Präsidentin Bettina Limperg, die dem Initiativkreis angehört, der das Großprojekt vorantreibt und gestern in eben diesem Saal erste Pläne vorgestellt hat.

Das „Forum Recht“ soll eine Bildungsstätte und ein Erlebnisort werden. Der Rechtsstaat zum Anfassen. Und für Karlsruhe soll es ein neues Aushängeschild werden, das Besucher lockt. „Wenn es dafür einen geeigneten Ort gibt, dann Karlsruhe“, sagt Verfassungsrichterin Susanne Baer. Die „Residenz des Rechts“ mit dem BGH, der Bundesanwaltschaft und dem Bundesverfassungsgericht hat bereits mehrere Orte, an denen das Recht erfahrbar wird. Mit dem Forum soll es in der Fächerstadt dafür ein Zentrum geben, ein Start- oder Endpunkt für Besuchergruppen, ein Ort des Austauschs und der Diskussion, der die Verfassungsgerichtsbarkeit, die Rechtsprechung des BGH und die Ermittlungsarbeit der Bundesanwaltschaft verknüpft. Als Vorbild dient das Haus der Geschichte in

Bonn, dessen Präsident Hans Walter Hüter die Karlsruher Pläne beratend begleitet. Dort werde das Thema zwar ebenfalls aufgegriffen, so Baer, aber nicht sehr prominent. Für die Stadt ist das Forum „eine riesige Chance“, unterstreichen Limperg und Baer.

Neu ist die Idee indes nicht. Pläne dafür gab es bereits im Zuge der Karlsruher Bewerbung als Kulturhauptstadt (2005). Elke Susanne Sieber hatte damals als Marketingleiterin bei der Stadt schon so etwas wie ein „Forum Recht“ im Kopf, ganz losgelassen hat sie das seither nicht. Die Kunsthistorikerin, die heute mit ihrem Mann Daniel Wensauer-Sieber eine Unternehmensberatung betreibt, belebte die damaligen Gedankenspiele im privaten Kreis, bei abendlichen Essen im heimischen Wohnzimmer. Mit Karlsruhes Oberbürgermeister

Frank Mentrup fand sie einen begeisterten Mitstreiter und rannte in der Justizszene offene Türen ein.

Das Ganze nun tatsächlich ins Rollen kommt, liegt vor allem daran, dass es erstmals Geld gibt. 200 000 Euro hat der Haushaltsausschuss für 2017 freigegeben, damit wird in den nächsten zwei Jahren eine Machbarkeitsstudie finanziert. „Es ist die Stunde Null eines einzigartigen Projekts“, erklärt Limperg.

Das Ziel des Forums soll es sein, „den Rechtsstaat erlebbar zu machen“, beschreibt es die BGH-Präsidentin. Verfassungsrichterin Baer betont, dass man dabei insbesondere auch ein jüngeres Publikum ansprechen muss. So könne Schülern zum Beispiel deutlich gemacht werden, was die Spannungslage zwischen Freiheit und Sicherheit abseits von verfassungsrechtlichen Fragen zur Anti-Terror-Datei oder Vorratsdatenspeicherung ganz konkret für sie bedeute. Auch das Thema Kopftuch, eine religiös politische Auseinandersetzung, die viele bewege, wäre geeignet für ein solches Forum. Es sei eben vor allem eine Frage der Herangehensweise, um das sperrige Thema Rechtsstaat greifbar zu machen. Jugendliche könnten beispielsweise meist mit dem Begriff geistiges Eigentum nicht viel anfangen, wenn man mit ihnen über Downloads oder



YouTube spreche, werde die Problematik dann schnell konkreter. Das Forum könne zudem von Ideen und dem Fachwissen anderer Institutionen der Stadt profitieren, wie dem ZKM oder dem Staatstheater, die sich auch immer wieder mit dem Thema Recht auseinandersetzen. Das ZKM sei beispielsweise erster Ansprechpartner, wenn es um eine multimediale Aufbereitung gehe. Beim Staatstheater könnte man sich Experti-

se holen, wenn man Gerichtsverhandlungen inszeniere. Der Zeitpunkt, dieses Forum nun verstärkt in Angriff zu nehmen, könne besser sein, findet Baer. Denn jüngste politische Entwicklungen machten deutlich, dass der Rechtsstaat verteidigt werden will. „Dafür braucht man einen Ort, an dem Verständnis geschaffen wird.“ Das soll in Deutschland das Karlsruher „Forum Recht“ mit internationaler Strahlkraft

werden. Es ist kein Geheimnis, dass das Verfassungsgericht die Entwicklungen in Polen oder der Türkei mit Sorge betrachtet. Oberbürgermeister Mentrup verweist auf die Festnahmen in der mit Karlsruhe durch eine Projektpartnerschaft verbundenen osttürkischen Stadt Van. „Da geht in einer formalen Demokratie die Rechtsstaatlichkeit verloren“, sagt Mentrup. Rechtsstaatlichkeit sei eben keine Selbstverständlichkeit. Auch das soll mit dem Forum deutlich werden, das sich nicht nur mit deutschem und DDR-Recht befassen, sondern auch internationale Anknüpfungspunkte finden soll.

Für Mentrup ist das Projekt auch „städtebaulich eine große Chance“. Laut den Plänen, die allesamt noch unter dem Vorbehalt einer genaueren Prüfung stehen, soll das Forum an der Ecke

„Karlsruhe ist dafür der geeignete Ort“

Kriegs- und Herrenstraße entstehen und das BGH-Gelände zum Karlstor hin öffnen. Dabei sind vor allem Vorgaben des Denkmalschutzes sowie die hohen Sicherheitsvorkehrungen zu beachten. Ein eigener Eingang für das Forum könnte von der Herrenstraße aus entstehen. Angedacht ist ein Neubau mit mehreren Räumen für Ausstellungen, Vorträge und Diskussionsveranstaltungen sowie ein Übergang zum alten Gerichtssaal, der dann vom Schellingbau, der 2018 grundsaniert wird, abgetrennt wird.

Nächste Woche wird Mentrup mit dem Initiativkreis nach Berlin reisen und Justizminister Heiko Maas (SPD) die Pläne vorstellen. Die langfristige Finanzierung des Forums wäre laut Mentrup über den Haushalt des Bundesjustizministeriums vorstellbar. So werde es zum Beispiel auch mit dem Militärgeschichtlichen Museum in Dresden gemacht, das Mittel aus dem Etat des Verteidigungsministeriums erhalte. Viele weitere Fragen sind nun zu klären, unter anderem die der Trägerschaft. Denkbar wäre laut den Plänen eine Stiftung des Bundes mit Sitz in Karlsruhe. „Wir sind am Anfang einer offenen und sehr breiten Debatte“, unterstreicht Baer.